

Bildung ist mehr als Schule

Stellungnahme der gemeinsamen Konferenz
der hauptberuflichen Jugendreferentinnen und Jugendreferenten
und der Dekanatsjugendpfarrerinnen und Dekanatsjugendpfarrer
der Evang. Jugend in Bayern

Bildungsverständnis aus Sicht Evangelischer Jugendarbeit

Bildung im protestantischen Verständnis will alle Menschen befähigen, sich selbständig zu informieren und sich eine eigene Meinung zu bilden. In diesem Sinne ist Bildung immer emanzipatorisch zu verstehen. Das hat zur Konsequenz, dass gebildete Menschen Verantwortung übernehmen und sich an der Gestaltung der Gesellschaft beteiligen.

Aufbauend auf diesem protestantischen Bildungsverständnis ist aus theologischer Sicht zu prüfen, ob die Bildungssysteme unserer Gesellschaft Menschen in ihrer Würde als Ebenbild Gottes ernst nehmen, sie in ihren Potentialen stärken und in ihrer Entfaltung unterstützen. Die so verstandene Bildung kann nicht allein von der Schule abgedeckt werden.

Bildungsangebote für Kinder und Jugendliche sind vielfältig, breit gefächert und über den ganzen Tag verteilt. Schulische wie außerschulische Angebote sind Teile dieser umfassenden Bildungsgelegenheiten und -orte.

Darum setzt sich Evangelische Jugend dafür ein, dass Kindern und Jugendlichen auch ausreichend Zeit für außerschulische Bildung bleibt.

Die Evangelische Jugend unterstützt die Entwicklung des Schulsystems hin zur gebundenen, rhythmisierten Ganztagschule. Dieser Schultyp greift die gesellschaftlichen Veränderungen, die Forderungen nach Chancengleichheit und den Bedarf an qualifizierten Bildungsangeboten für Kinder und Jugendliche auf.

Alles Schule oder was?

Internationale Leistungs- und Schulstudien haben in Deutschland eine Bildungsdebatte und einen Schulreformschub ausgelöst, die in Bayern benennbar sind mit den Stichworten:

- R6 (Sechsstufige Realschule),
- G8 (verkürzte Gymnasialschulzeit auf 8 Jahre),
- Ganztagschulen in offener und gebundener Form,
- Mittelschule als neuer Begriff für die Hauptschule,
- Veränderungen in den Förderschulen

Diese Veränderungen im Schulbereich haben enorme Auswirkungen auf Familien, Kinder und Jugendliche, sowie auf die Jugendhilfe und auf die außerschulische Jugendarbeit.

Trotz der Veränderungen ist es nicht gelungen, den selektiven Charakter des bayerischen Schulsystems abzumildern, Benachteiligungen auszugleichen und fließende Übergänge zwischen den Schultypen für alle Kinder und Jugendlichen offen zu halten.

Die Weiterentwicklung des bayerischen Schulsystems ist dann zu begrüßen, wenn sie

- aus der Perspektive von Kindern und Jugendlichen gestaltet werden,
- insbesondere Kinder und Jugendliche als handelnde Subjekte ernst nehmen,
- nicht nur wirtschaftlichen und beruflichen Verwertungsinteressen folgen, sondern eine ganzheitliche Bildung zur Lebensbewältigung und Lebensgestaltung im Blick haben.¹

Die Landesjugendkammer der Evangelischen Jugend in Bayern stellt fest: „Die Lebenswelten von Schülerinnen und Schülern haben sich mit den Reformen der letzten Jahre verschlechtert. Sie sind katastrophal und nicht mehr hinnehmbar für ein gelingendes Aufwachsen in unserer Gesellschaft.“ Daraus leitet sie Forderungen an die Schulpolitik ab:

„Schulen müssen spätestens um 16:00 Uhr hausaufgabenfrei enden, um Kindern und Jugendlichen Zeit und Raum für Entspannung, für ihre individuelle Freizeitgestaltung und somit auch für die außerschulische Jugendarbeit zu ermöglichen. ... Lernstrukturen sind so zu gestalten, dass Hausaufgaben entfallen. ... nach Schulschluss ist ... eine zeitnahe Beförderung von Schülerinnen und Schüler zu gewährleisten.“²

Kinder und Jugendliche brauchen unterschiedliche Lernorte

Kinder und Jugendliche brauchen für ihre persönliche Entwicklung und den Erwerb sozialer Kompetenzen Orte, an denen sie freiwillig und selbstbestimmt demokratisches Handeln erlernen können sowie Partizipation und Ehrenamt praktizieren. Evangelische Jugendverbandsarbeit ist ein solcher Lernort.

Damit Kinder und Jugendliche solche Angebote wahrnehmen können, brauchen sie ausreichend nicht schulisch verplante Zeit.

Die außerschulische Arbeit mit den Grundprinzipien Partizipation, Ehrenamtlichkeit und Freiwilligkeit bleibt das Hauptanliegen verbandlicher Jugendarbeit.

Seit vielen Jahren engagiert sich Evangelische Jugend im Bereich der schulbezogenen Jugendarbeit und teilweise auch im Bereich der Nachmittagsbetreuung an offenen Ganztagschulen. Wir betonen, dass Nachmittagsbetreuung alleine keine schulbezogene Jugendarbeit ist. Bei einer kostendeckenden Förderung kann Evangelische Jugend in diesem Bereich allenfalls Trägerschaften übernehmen.

Die Veränderungen der kultusministeriellen Richtlinien zur offenen Ganztagschule im Juli 2009 bringen erhebliche Nachteile für die Jugendverbandsarbeit und die kommunale Jugendarbeit, die so für eine zukünftige Zusammenarbeit nicht tragbar sind:

- Trägerschaften liegen ausschließlich bei der Schule, auch wenn Projekte in Räumen evangelischer Jugendarbeit stattfinden
- Einseitige Kündigungsmöglichkeiten der Zusammenarbeit von Seiten der Schule
- Verweigerungsrecht der Zusammenarbeit mit angestelltem Personal von Seiten der Schule (Anstellungsträger ist die Evangelische Jugend)
- Keine Nachmeldemöglichkeiten von Schüler/innenzahlen im September/Oktober

¹ Siehe auch: Landesjugendkammer, Der Neugier Sinn verleihen, Nürnberg, 1998

² Landesjugendkammer, Das Gras wächst nicht schneller, wenn man daran zieht!, Nürnberg 2009

All dies verhindert eine Kooperation auf Augenhöhe und bedarf einer Überarbeitung. Die Forderungen der Jugendverbände wurden bereits an das Kultusministerium weitergeleitet. Die Gemeinsame Konferenz schließt sich mit ihren Forderungen der Resolution und der Gautinger Erklärung des BJR vom Oktober 2009 an und unterstützt sie. Ebenso unterstützt sie die Stellungnahme der Landesjugendkammer der Evangelischen Jugend in Bayern vom Dezember 2009.

Die Gemeinsame Konferenz fordert die **Bayerische Staatsregierung** auf, sich mit den Stellungnahmen der Jugendarbeit auseinanderzusetzen und wünscht, dass deren Forderungen in naher Zukunft umgesetzt und angewandt werden. Kinder und Jugendliche haben ein Recht auf Aktivitäten, Erlebnisse und Lernen außerhalb der Schule!

Die Gemeinsame Konferenz fordert die **Landessynode und den Landeskirchenrat** auf, sich mit der Stellungnahme der gemeinsamen Konferenz auseinanderzusetzen und sie sich zu Eigen zu machen. Wir bitten die kirchenleitenden Organe, sich gegenüber der Staatsregierung und dem Kultusministerium im Sinne dieser Stellungnahme für Kinder und Jugendliche stark zu machen. Diese brauchen unsere Unterstützung und unsere Lobby!

Pappenheim, im Februar 2010